

Berlin, 20. September 2023

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Olaf Scholz,

der Weltklimarat warnte in seinem 6. Bericht 2021-22 erneut eindringlich vor dem Nahen sogenannter Klima-Kipppunkte. Die Wahrscheinlichkeit dieser unumkehrbaren Änderungen und ihrer Folgen nimmt mit fortschreitender Erderwärmung immer mehr zu. Bei Überschreitung des 1,5-Grad-Ziels, welche bereits 2030 droht, besteht ein hohes Risiko, dass Kippelemente ausgelöst werden. Auswirkungen wie Extremwetterereignisse und Ressourcenknappheit werden wiederum Treiber sozialer Konflikte sein.

Uns Menschen bleiben nur noch wenige Jahre Zeit, um das Ruder herumzureißen und schwerwiegende Folgen für unser gesellschaftliches Zusammenleben zu verhindern.

Die Klimakatastrophe ist keine Frage einer politischen Meinung oder Ausrichtung. Sie ist eine reale Bedrohung für alles, was wir kennen. Sie ist eine Bedrohung für unsere Lebensgrundlagen. Wenn unsere Lebensgrundlagen schwinden, wird der Kampf um Ressourcen unsere Demokratie gefährden. Diese Realität muss uns bewusst werden.

Wir müssen außerdem den globalen Zusammenhang verstehen. Laut IPCC wird ein Drittel der aktuell bewohnten Erdoberfläche innerhalb der kommenden Jahre nicht mehr bewohnbar sein. Selbst wenn es gelingen sollte, die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, gehen die Expert:innen vom IPCC immer noch von rund 250 Millionen Klimaflüchtenden bis zum Jahr 2100 aus. Auch diese Konsequenzen werden unsere gesellschaftlichen Strukturen zusätzlich belasten.

Sehr geehrter Herr Scholz. 2021 haben Sie sich als *Kanzler für Klimaschutz* aufgestellt.

Wir stellen fest, dass der Ruf nach Klimaschutz aus allen Bereichen der Gesellschaft immer lauter wird. Kinder und Jugendliche schwänzten freitags für das Klima die Schule, Menschen entscheiden sich gegen das Kinderkriegen, erfahrene Erwachsene kündigen ihre Berufe, junge Menschen brechen ihre Ausbildung ab, um

Straßen zu blockieren, Golfplätze umzugraben und Privatjets zu markieren. Der Protest für Klimaschutz nimmt zu.

Wir stellen eine starke Überzeugung und Entschlossenheit der Demonstrant:innen fest. Diese Menschen sehen ihre Protestform als ihre letzte, effektive Möglichkeit, sich friedlich, konsequent und unüberhörbar für den Klimaschutz einzusetzen.

Der Protest fordert uns Polizistinnen und Polizisten bereits jetzt. Immense finanzielle und personelle Ressourcen werden beansprucht.

Von Berufs wegen sind wir als Polizistinnen und Polizisten auch zukünftig wachsenden gesellschaftlichen Spannungen immer zuerst ausgesetzt. Diese werden mit zunehmender Dynamik und Konsequenzen der Klimakatastrophe weiter steigen - das beunruhigt uns sehr. Für Polizist:innen bedeutet dies eine zunehmende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Belastungen für Schultern und Seelen.

Wir fürchten,

... in Folge von Trinkwasser- und Nahrungsmittelrationierungen zwischen Menschen vermitteln zu müssen, die sich um Wasser und Nahrung streiten. Konflikte, welche uns und unsere Familien nach dem Dienst selbst betreffen können.

... dass wir an den Außen- und Binnengrenzen in Zukunft Situationen ausgesetzt sein werden, die unsere Erinnerungen an die Flüchtendenkrise von 2015 um ein Vielfaches übersteigen könnten. Bereits damals wurden menschenunwürdige Verfahren, gesetzeswidrige Pushbacks und zweifelhaftes Vorgehen von polizeilichen Institutionen durch Menschenrechtsorganisationen wie dem UN-Flüchtlingshilfswerk stark kritisiert.

... bei zunehmender sozialer Eskalation infolge der Klimakatastrophe eine Instrumentalisierung der Polizei.

Wir sind der Überzeugung, dass wir im Angesicht der Klimakatastrophe jetzt in besonderem Maße mit allem, was uns **als Menschen und Polizist:innen** ausmacht, unseren Beitrag zur **öffentlichen Sicherheit und Ordnung** leisten müssen.

Wir sind der Überzeugung, dass es jetzt wichtiger denn je ist, **neue Wege** zu gehen. Wir sind der Überzeugung, dass wir unser **Sicherheitsbedürfnis im Einzelnen und als Gesellschaft** befriedigen können, indem wir **aufeinander zugehen und gemeinsam Wirkung für gemeinwohlorientierte Lösungen entfalten**.

Wir, Polizistinnen und Polizisten aus allen Landes- und Bundespolizeien, bitten Sie darum, die Kritik gesellschaftlicher Bewegungen zu schätzen, unsere Sorgen ernst zu nehmen und der Klimakatastrophe in jeder Hinsicht angemessen zu begegnen.

Dafür bedanken wir uns.

Herzliche Grüße,

NAMEN